



CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - SÜDTIROL

SITZUNGSPROTOKOLL

der 25. Sitzung

vom

17. MAI 2021

VORSITZENDER:

PRÄSIDENT ROBERTO PACCHER

PRÄSIDIALSEKRETÄRE:

DIE REGIONALRATSABGEORDNETEN
LADURNER, SAVOI und URZI

XVI. GESETZGEBUNGSPERIODE

BEHANDELTE SACHBEREICHE

Gesetzentwurf Nr. 37: Dringende Bestimmungen betreffend den Aufschub des Wahltermins im Frühjahr 2021 für die Wahl des Bürgermeisters und der Gemeinderäte (*eingbracht von der Regionalregierung*)
(*genehmigt*);

Gesetzentwurf Nr. 39: Dringende Bestimmungen zur Vereinfachung der Verfahren für die öffentlichen Wettbewerbe aufgrund des epidemiologischen Notstands wegen Covid-19 (*eingbracht von der Regionalregierung*)
(*genehmigt*);

Beschlussfassungsvorschlag Nr. 24: Änderungen zum Artikel 15 Absatz 3 des koordinierten Textes der Personaldienstordnung des Regionalrats, genehmigt mit Dekret des Präsidenten des Regionalrats Nr. 87 vom 18. Oktober 2018, betreffend Information, Presse und Öffentlichkeitsarbeit (*eingbracht vom Präsidenten des Regionalrates*)
(*genehmigt*).

Am 17. Mai 2021 um 10.05 Uhr ist der Regionalrat von Trentino-Südtirol in Videokonferenz zusammengetreten, um die auf die Tagesordnung Prot. Nr. 1715/RegRat gesetzten Punkte zu beraten.

Den Vorsitz führt Präsident Paccher unter dem Beistand der Präsidialsekretäre Ladurner, Savoï und Urzì.

Präsident Paccher teilt mit, dass sich Abg. Vettorato für seine Abwesenheit entschuldigt hat.

Der Präsident teilt mit, dass einige Abgeordnete aus technischen Gründen nicht am Namensaufruf teilnehmen konnten, weshalb sie ihre Anwesenheit per Chat bestätigen können.

Der Präsidialsekretär Savoï verliest das Sitzungsprotokoll der 24. Sitzung vom 21. April 2021, das gemäß Art. 42 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Der Präsident teilt Folgendes mit:

Am 21. April 2021 haben die Regionalratsabgeordneten Rossi, Demagri und Dallapiccola **den Beschlussantrag Nr. 31** betreffend den weltweiten Zugang zu den Impfstoffen: eine Frage der Gerechtigkeit und der globalen öffentlichen Gesundheit, eingebracht.

Am 27. April 2021 haben die Regionalratsabgeordneten Zanella, Ferrari, Coppola, Marini und Dello Sbarba **den Beschlussantrag Nr. 32** betreffend die Unterstützung für den Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW), eingebracht.

Am 30. April 2021 haben die Regionalratsabgeordneten Urzì, Rossato, Cia und Ambrosi **den Beschlussantrag Nr. 33** eingebracht, mit dem die Regionalregierung verpflichtet werden soll jede nur mögliche in ihren Zuständigkeitsbereich fallende Initiative zu ergreifen, damit die Errichtung des neuen Justizzentrums in Bozen innerhalb der genau festgesetzten Frist erfolgt, und sich zudem zu versichern, dass in diesem Gebäudekomplex alle in Bozen bestehenden und in angemieteten Räumlichkeiten untergebrachten Gerichtsämter Platz finden werden.

Am 30. April 2021 haben die Regionalratsabgeordneten Cavada, Savoï und Job den **Beschlussantrag Nr. 34** eingebracht, mit dem die Regionalregierung verpflichtet werden soll, ein Projekt auszuarbeiten, auf dass der Weg von der Wallfahrtskirche von Montagnaga di Pinè bis zur Wallfahrtskirche Maria-Weißenstein in den Maria-Erscheinungsweg eingeschlossen wird.

Am 10. Mai 2021 haben die Regionalratsabgeordneten Marini, Zanella und Nicolini den **Beschlussantrag Nr. 35** eingebracht, um die Regionalregierung zu verpflichten, die Einführung von Maßnahmen zwecks Abdeckung der Vorsorgebeiträge zugunsten von Frauen abzuwägen, denen die Selbstbestimmungszulage in der Provinz Trient zuerkannt wird sowie zugunsten der Frauen, die in der Provinz Bozen die im Rahmen des Sozial- und Fürsorgedienstes angebotenen Unterstützungen erhalten und Initiativen im Bereich der Ergänzungsvorsorge in Erwägung zu ziehen, damit die Unterschiede in der Ruhestandsbesoldung zwischen Frauen und Männern verringert werden.

Am 3. Mai 2021 hat der Regionalratsabgeordnete Alessandro Urzì den **Gesetzentwurf Nr. 38**: Vereinfachung der Verfahren für die öffentlichen Wettbewerbe aufgrund des epidemiologischen Notstands wegen Covid-19, zurückgezogen.

Es sind folgende Anfragen mit der Bitte um schriftliche Beantwortung eingereicht worden:

Nr. 79 eingebracht am 28. April 2021 von der Regionalratsabgeordneten Ferrari, um vom Präsidenten der Region Informationen betreffend die mittels Direktberufung erfolgte Einstellung eines Journalisten bei der Region, der zuvor Pressereferent der Lega bei der Abgeordnetenversammlung in Rom war, zu erhalten;

Nr. 80 eingebracht am 29. April 2021 von den Regionalratsabgeordneten Dello Sbarba, Foppa, Staffler und Coppola, um vom Präsidenten der Region Informationen über die Einstellung eines Journalisten im Presseamt der Region zu erhalten;

Nr. 81 eingebracht am 12. Mai 2021 von den Regionalratsabgeordneten Marini und Nicolini, um vom Präsidenten der Region zu erfahren, warum der Rat der örtlichen Autonomien der Autonomen Provinz Trient die Bestimmungen des Art. 16-*bis* des Kodex der örtlichen Körperschaften nicht zur Anwendung bringt.

Die Anfragen Nr. 24, 62 und 77 sind beantwortet worden. Die Anfragen und die entsprechenden Antworten bilden integrierenden Bestandteil des stenographischen Berichts über diese Sitzung.

Präsident Paccher stellt sodann Punkt 1 der Tagesordnung zur Debatte:

Nr. 1

Gesetzentwurf Nr. 37: Dringende Bestimmungen betreffend den Aufschiebung des Wahltermins im Frühjahr 2021 für die Wahl des Bürgermeisters und der Gemeinderäte (eingebracht von der Regionalregierung).

Abg. Paoli verliest den Bericht der 1. Gesetzgebungskommission.

Der Präsident eröffnet die Generaldebatte und erteilt dem Regionalassessor Ossanna und den Abg. Urzì, Marini und Dello Sbarba das Wort. Letzterer ergreift zum Fortgang der Arbeiten das Wort und schlägt vor, die Artikel, die Änderungsanträge und im Allgemeinen die zu behandelnden Anträge in der heutigen Sitzung als verlesen zu betrachten, um die Sitzung um 13.00 Uhr schließen zu können.

Zum Fortgang der Arbeiten ergreift Abg. Köllensperger das Wort, der den Vorschlag des Abg. Dello Sbarba unterstützt. Zum Vorschlag gibt es keine Einwände vonseiten der Abgeordneten.

Es repliziert Regionalassessor Ossanna.

Da sich niemand mehr in der Generaldebatte zu Wort meldet, lässt der Präsident elektronisch über den Übergang zur Sachdebatte abstimmen, der mehrheitlich genehmigt wird.

Zur Behandlung kommt Art. 1 und der Änderungsantrag Prot. Nr. 1633 des Abg. Urzí.

Zum Änderungsantrag meldet sich Abg. Urzí zu Wort.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Präsident über den Änderungsantrag Prot. Nr. 1633 abstimmen, der mehrheitlich abgelehnt wird.

Da sich niemand mehr zu Art. 1 zu Wort meldet, wird dieser zur elektronischen Abstimmung gestellt und mehrheitlich genehmigt.

Daraufhin kommt der Zusatzantrag Prot. Nr. 1553/1 des Abg. Marini zur Behandlung.

Zum Änderungsantrag ergreift Abg. Marini das Wort.

Da keine Wortmeldungen zum Zusatzantrag Prot. Nr. 1553/1 vorliegen, wird dieser zur elektronischen Abstimmung gestellt und mehrheitlich abgelehnt.

Es kommt der Zusatzantrag Prot. Nr. 1553/2 des Abg. Marini zur Behandlung.

Zum Änderungsantrag ergreifen Abg. Marini und Regionalassessor Ossanna das Wort.

Da sich niemand mehr zu Wort meldet, stellt der Präsident den Zusatzantrag Prot. Nr. 1553/2 zur elektronischen Abstimmung, der mehrheitlich abgelehnt wird.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, wird Art. 2 zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich genehmigt.

Im Rahmen der Stimmabgabeerklärungen ergreifen die Abg. Urzí und Marini das Wort.

Der Präsident lässt sodann elektronisch über den Gesetzentwurf Nr. 37 abstimmen, der mehrheitlich genehmigt wird.

Der Präsident stellt sodann Punkt 2 der Tagesordnung zur Debatte:

Nr. 2

Gesetzentwurf Nr. 39: Dringende Bestimmungen zur Vereinfachung der Verfahren für die öffentlichen Wettbewerbe aufgrund des epidemiologischen Notstands wegen Covid-19 (eingebracht von der Regionalregierung).

Wie vereinbart, wird der Begleitbericht als verlesen betrachtet. Der Präsident eröffnet die Generaldebatte und erteilt dem Regionalassessor Ossanna das Wort.

Da sich niemand mehr im Rahmen der Generaldebatte zu Wort meldet, lässt der Präsident elektronisch über den Übergang zur Sachdebatte abstimmen, der mehrheitlich genehmigt wird.

Die Artikel 1 und 2 werden getrennt, ohne Debatte, zur elektronischen Abstimmung gestellt und mehrheitlich genehmigt.

Im Rahmen der Stimmabgabeerklärungen meldet sich niemand zu Wort.

Der Präsident stellt sodann den Gesetzentwurf Nr. 39 zur elektronischen Abstimmung, der mehrheitlich genehmigt wird.

Es kommt Punkt 3 der Tagesordnung zur Debatte:

Nr. 3

Beschlussfassungsvorschlag Nr. 24: Änderungen zum Artikel 15 Absatz 3 des koordinierten Textes der Personaldienstordnung des Regionalrats, genehmigt mit Dekret des Präsidenten des Regionalrats Nr. 87 vom 18. Oktober 2018, betreffend Information, Presse und Öffentlichkeitsarbeit (eingebracht vom Präsidenten des Regionalrates)

Der Präsident erläutert den Beschlussfassungsvorschlag.

Er eröffnet die Generaldebatte und erteilt den Abg. Dello Sbarba und Urzì das Wort, denen der Präsident antwortet.

Im Rahmen der Debatte ergreifen Abg. Marini, dem der Präsident antwortet, und Abg. Tonini das Wort.

Es repliziert der Präsident.

Da sich niemand im Rahmen der Stimmabgabeerklärungen zu Wort meldet, stellt der Präsident den Beschlussfassungsvorschlag Nr. 24 zur elektronischen Abstimmung, der mehrheitlich genehmigt wird.

Da die Behandlung der Tagesordnungspunkte erschöpft ist, schließt Präsident Paccher die Sitzung und weist darauf hin, dass der Regionalrat am 26. Mai 2021 in Anwesenheit am Sitz in Trient wieder einberufen ist.

Es ist 12.34 Uhr.

DIE PRÄSIDIALSEKRETÄRE

DER PRÄSIDENT

SU/ew